



8. Jahrgang • Nr. 53

Mai / Juni 2009

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

STANDPUNKT

- 2 Martin Dörmann: Die Europawahl ist eine Richtungsentscheidung

EUROPAWAHL 2009

- 3 Auftaktveranstaltung zum SPD-Europawahlkampf in Köln mit Steinmeier, Müntefering und Schulz
- 4 SPD-Kandidaten zum EU-Parlament
- 4 Europamanifest der SPD

BUNDESTAGSWAHL 2009

- 7 SPD-Regierungsprogrammwurf
- 8 NRW-SPD bestimmte Landesliste
- 8 Spenden für den Bundestagswahlkampf

BUNDESTAG

- 9 Zugang zu Kinderpornografie im Internet wird erschwert – Bundestagsrede von Martin Dörmann
- 10 Sparguthaben besser abgesichert
- 11 „Leitmarkt Kreativwirtschaft“ Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion mit Martin Dörmann
- 11 Bund sagt weitere Unterstützung des Kölner Stadtarchivs zu
- 12 Kampf gegen Steuerhinterziehung
- 13 Bundesregierung beschließt Modell für Bad Banks

SERIE: SOZIALDEMOKRATISCHE KÖPFE

- 14 Vorgestellt: Brigitte Zypries

INFOS UND IMPRESSUM

- 15 Sitzungswochen, Infos, Büroanschriften, Wahlkampf-Spendenkonto, Impressum



Frank-Walter Steinmeier, Martin Schulz und Franz Müntefering zeigten sich beim Europawahlkampfauftakt in Köln zuversichtlich (Bericht auf Seite 3)

*Europawahl
am 7. Juni*

Infos ab Seite 3

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 19.5.2008

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB



Die Europawahl ist eine Richtungsentscheidung

Nur mit einer starken Sozialdemokratie schaffen wir ein sozialeres Europa

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn es noch eines Beweises bedurfte, dass Märkte nicht sich selbst überlassen bleiben dürfen – die Wirtschafts- und Finanzkrise hat ihn erbracht. **Märkte brauchen Regeln und sozialen Ausgleich.** Nur dann arbeiten sie für das langfristige Wohl der Menschen – und zwar nicht einiger weniger, sondern aller.

Um die Krise erfolgreich bewältigen zu können, brauchen wir internationale Vereinbarungen – insbesondere zur Regulierung der Finanzmärkte. Und wir brauchen eine Europäische Union, die die richtigen Prioritäten setzt. Dort, wo die Gestaltungsfähigkeit der Nationalstaaten an Grenzen stößt, muss ein **starkes und soziales Europa** ansetzen und eine soziale Ordnung aufbauen, die die freien Marktkräfte zivilisiert. Dazu gehören gesicherte Arbeitnehmerrechte, faire Löhne, starke Mitbestimmung und guter Arbeits- und Gesundheitsschutz. Lohn- und Sozialdumping darf in Europa kein Raum gegeben werden.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die **Europawahl am 7. Juni** noch einmal an Bedeutung.

Im Europäischen Parlament sind die Konservativen derzeit mit 288 Sitzen, sozialdemokratische Parteien mit 216 Sitzen vertreten.

Zudem werden viele der einflussreicheren Mitgliedsländer konservativ regiert. Dies schlägt sich auch in einer **konservativ-liberalen Mehrheit** der mächtigen **EU-Kommission** nieder, die in ihrer Politik oft allzu einseitig auf die Regeln des Binnenmarktes fixiert ist.

Um eine Akzentverschiebung in Richtung eines sozialeren Europas herbeizuführen, brauchen wir ein sozialdemokratisch geprägtes Europäisches Parlament als Gegengewicht. Die **Europawahl** ist also eine klare **Richtungsentscheidung**.

Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland wollen ein sozialeres Europa. Sich hierfür erfolgreich einzusetzen trauen sie zu Recht am ehesten der SPD zu.

In den relevanten Politikbereichen schätzen die Menschen die **Sozialdemokraten** deutlich kompetenter ein als die konservativen Kräfte. Dies gilt insbesondere für den Einsatz für Arbeitnehmerrechte (79 %), die Einführung von Mindestlöhnen (77 %), den Einsatz für ein soziales Europa (76

%), die Erhöhung der Bildungsausgaben (62 %) und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (60 %). Eine größere Kompetenz (63 %) schreiben die Menschen der Sozialdemokratie auch dabei zu, wie Europa Vorreiter für internationalen Umwelt- und Klimaschutz werden kann (TNS Infratest 01/09).

Für ein sozialeres Europa streiten Sozialdemokratie und Gewerkschaften gemeinsam. Eine Arbeitsgruppe aus **DGB und SPD** hat kürzlich der Öffentlichkeit ein **gemeinsames Positionspapier** unter dem Titel **"Für ein Europa des sozialen Fortschritts"** vorgestellt. Erarbeitet wurde es von Martin Schulz, Michael Sommer, Andrea Nahles, Frank Bsirske, Olaf Scholz sowie Klaus Wiese. Darin werden für die Zukunft der Europäischen Union im neuen Jahrzehnt eine soziale Ordnung für Europa mit fairen Regeln für die Märkte und fortschrittliche soziale Rechte für die Menschen eingefordert.

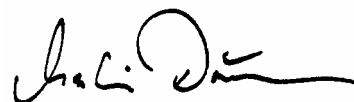
So sollen die **sozialen Grundrechte** im Konfliktfall vorgehen, die wirtschaftlichen Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes also keinen Vorrang vor sozialen Grundrechten und Zielen haben. Gefordert wird zudem eine **„soziale Fortschrittsklausel“**. Sie soll direkt im EU-Primärrecht festgeschrieben werden und sicherstellen, dass die sozialen Grundrechte – wie Grundrechte überhaupt – Vorrang gegenüber den wirtschaftlichen Grundfreiheiten haben. Außerdem soll es in der EU-Entsenderichtlinie eine Klarstellung nach dem Prinzip „gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ geben.

Die Konservativen und Liberalen in Europa wollen auch nach der Krise Wettbewerb und Deregulierung weiter Vorrang vor fairen Löhnen und den Rechten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa geben.

Klar ist daher: Nur mit einer **starken Sozialdemokratie** wird es ein **Europa des sozialen Fortschritts** geben.

Herzlichst

Ihr




SPD-Auftaktveranstaltung zum Europawahlkampf in Köln

Steinmeier, Schulz, Müntefering und Roters überzeugten mit engagierten Reden

Kämpferisch und mit klarer Botschaft hat die SPD den Europawahlkampf eröffnet. Vor über 1.200 begeisterten Gästen in Köln haben **Martin Schulz**, **Frank-Walter Steinmeier** und **Franz Müntefering** deutlich gemacht, worauf es ankommt am 7. Juni: Europa geht alle an - und es muss mehr sein als nur ein freier Markt!

Drei leidenschaftliche Reden eröffneten den SPD-Europawahlkampf und erzeugten eine begeisterte Aufbruchstimmung im voll besetzten Kölner Palladium.



Große Unterstützung der Bundesprominenz erfuhr OB-Kandidat Jürgen Roters (hier mit Generalsekretär Hubertus Heil). Alle Redner hoben die besondere Chance bei der Kommunalwahl in Köln hervor.

Der SPD-Spitzenkandidat für die Europawahl machte klar, worauf es ankommt bei der Wahl am 7. Juni. „Europa“, so **Martin Schulz**, „ist eine faszinierende Idee von Solidarität, sozialer Gerechtigkeit und Frieden“. Aber: „Es wird schlecht regiert.“ Denn zu lange schon habe die mehrheitlich konservativ-liberal geprägte EU-Kommission das Hohelied der Deregulierung und des Marktradikalismus gesungen. Diese Ideologie aber, erinnerte Schulz, immer wieder unterbrochen durch begeisterten Applaus, sei krachend gescheitert. Darum müsse als Gegengewicht eine linke Mehrheit im Parlament Europa wieder nach links schieben.

Der Sozialdemokrat, den die SPD auch als nächsten deutschen EU-Kommissar vorschlägt, unterstrich die Bedeutung der Wahl. Denn in Europa geht es um dieselben Themen, wie in Deutschland: Mindestlöhne für die Beschäftigten, eine starke Arbeitnehmermitbestimmung, soziale Gerechtigkeit, klare Regeln für die Finanzmärkte. Ökonomischer und sozialer Fortschritt könne nicht mehr allein im nationalen Rahmen erarbeitet werden, mahnte Schulz.

Zuvor hatte **Frank-Walter Steinmeier** in einer kämpferischen Rede die zwei zentralen Dimensionen Europas deutlich gemacht: Das beispiellose

Friedensprojekt nach 1945 und aktuell die Herausforderung durch die Wirtschafts- und Finanzkrise, die eine Zeitenwende markiere. Dies könne nur gemeinsam bewältigt werden: „Wir sagen: Globale Märkte müssen globale Regeln bekommen, ohne Schlupflöcher und Steueroasen. Das schaffen wir! Mit einem starken, einigen und solidarischen Europa“, so der SPD-Kanzlerkandidat. Gemeinsam mit allen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Europa gehe es jetzt darum, „eine soziale Ordnung aufzubauen, mit der wir die zerstörerischen Kräfte des Marktes zivilisieren.“

Der SPD-Vorsitzende **Franz Müntefering** unterstrich die historische Chance des Jahres 2009. Das Scheitern des marktradikalen Denkens und die Perspektiven einer neuen internationalen Zusammenarbeit durch den progressiven amerikanischen Präsidenten **Barack Obama** eröffneten neue Möglichkeiten, das Soziale und Demokratische wieder grenzüberschreitend zu stärken. „Die Zeit ist reif“, rief Müntefering den Zuhörern im Kölner Palladium zu, "wir können es schaffen!" Dies gehe aber nur gemeinsam, mahnte der Parteivorsitzende und forderte dazu auf, sich zu engagieren. "Jeder in der Demokratie hat Verantwortung. Es geht alle an." Das Soziale und Demokratische müsse wieder zur bestimmenden Idee werden - "bei uns und in Europa".

Dass die Chancen für einen sozialen und gerechten Neuanfang gut stehen betonte auch der SPD-Generalsekretär **Hubertus Heil**: „Das Rennen ist offen“ - wenn alle mitmachen und sich einbringen. "Ran an die Arbeit. Wir krempeln jetzt die Ärmel hoch. Lasst uns jetzt richtig Druck machen - gemeinsam anpacken", forderte Steinmeier. Denn: Europa muss wieder nach links rücken, denn der Marktradikalismus ist gescheitert.



Martin Dörman mit Andreas Kossiski, dem DGB-Vorsitzenden in der Region Köln

SPD-Kandidaten zum EU-Parlament

Aus der Region Mittelrhein kandidieren Martin Schulz und Sebastian Hartmann

Seit 1994 ist **Martin Schulz** Abgeordneter des Europäischen Parlaments. In seiner parlamentarischen Arbeit setzt er sich insbesondere für das soziale Europa ein. Faire Löhne, soziale Sicherheit und betriebliche Mitbestimmung sind Themen, die seiner Meinung nach gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn angepackt werden müssen, um Lohndumping und eine Nivellierung der Sozialsysteme nach unten zu verhindern. „Für mich ist die Europäische Union auf dem Weg zu einem solidarischen und sozialen Miteinander in Europa daher unverzichtbar“, sagt Martin Schulz. Das Projekt der Europäischen Integration hat durch ökonomische und soziale Integration den Krieg in Europa unmöglich gemacht. Jetzt kommt es darauf an, dass die europäische Idee die Menschen auch über diese Erfolgsgeschichte hinaus erreicht: „Europa soll im Hier und Heute Antworten für die Probleme der Bürger bereithalten und Lösungen aufzeigen. Diesen beiden Aspekten von Europa gerecht zu werden, darin sehe ich meine Aufgabe als Europapolitiker“, betont Martin Schulz, der aus dem Kreis Aachen kommt.

Der Vorsitzende der SPD im Rhein-Sieg-Kreis **Sebastian Hartmann** vertritt bei den Europawahlen am 7. Juni die Region Mittelrhein (mit Köln). Der 31-Jährige wurde bereits 1999 Mitglied

des Kreistags Rhein-Sieg und war Gründungsmitglied des Arbeitskreises Europa. Seit 2004 ist Sebastian Hartmann stellvertretender Vorsitzender und seit 2007 Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion Rhein-Sieg.

Die Europadelegiertenkonferenz der SPD bestimmte im Dezember 2008 den Vorsitzenden der SPE-Fraktion Martin Schulz zum Spitzenkandidaten und wählte die Bundesliste der EP-Kandidaten. Zudem beschloss die Delegiertenkonferenz das Europawahlmanifest der SPD zur Europawahl (siehe unten).



Martin Schulz



Sebastian Hartmann

→ Mehr Infos unter www.martin-schulz.eu und www.sebastian-hartmann.de

→ Ausführliche Portraits enthalten die Berlin Depeschen Nr. 17 (M. Schulz) und Nr. 52 (S. Hartmann)

SPD-Europamanifest für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2009

Ein Signal des Aufbruchs für ein starkes und soziales Europa der Zukunft setzen!

Hier dokumentieren wir die Kurzfassung des Europamanifests der SPD zur Europawahl 2009

Die Europawahl 2009 ist eine Richtungsentscheidung für Europa. Wir wollen sie zu einem Signal des Aufbruchs für ein starkes und soziales Europa der Zukunft machen. Dies ist unser Anspruch als Europapartei Deutschlands. Und es ist unser sozialdemokratisches Leitbild für die Europäische Union im 21. Jahrhundert.

Konservative und Liberale setzen auf ein Europa des Marktes. Wettbewerb und Liberalisierung sollen Vorrang vor politischer Gestaltung und sozialer Gerechtigkeit haben. Die Linkspopulisten in Deutschland und Europa verharren in überholten nationalen Denkmustern und antieuropäischer Rhetorik. Beide Seiten verkennen die gestalterische Chance, die ein politisch starkes, wirtschaftlich erfolgreiches und soziales Europa im globalen 21. Jahrhundert bietet. Europa muss unsere Antwort auf die Globalisierung sein. Für Europa: stark und sozial!

Für das soziale Europa

Wir wollen die europäische Tradition der Sozial-

staatlichkeit progressiv weiterentwickeln. Dazu muss auch das Wirtschaften im europäischen Binnenmarkt in eine politische und soziale Ordnung eingefasst sein. Einem einseitig marktliberalen Modell von Europa erteilen wir eine klare Absage. Für uns steht in Europa nicht der Markt, sondern der Mensch im Mittelpunkt.

- Der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion wollen wir eine europäische Sozialunion in gleichem Rang zur Seite stellen.

- Wir fordern einen europäischen sozialen Stabilitätspakt mit gemeinsamen europäischen Zielen und Vorgaben für Sozial- und Bildungsausgaben, gemessen an der jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der einzelnen EU-Mitgliedstaaten.

- Wir wollen, dass sämtliche EU-Rechtsakte auf ihre sozialen Folgen für die Menschen in Europa überprüft werden.

- Mit einem europäischen Pakt gegen Lohndumping wollen wir dafür sorgen, dass in allen EU-Mitgliedstaaten existenzsichernde Mindestlöhne

gelten. Wir wollen, dass auch in Deutschland ein gesetzlicher Mindestlohn gilt.

- Wir wollen die Institutionen der EU an soziale Standards und Rechte binden. Deshalb machen wir uns für eine soziale Fortschrittsklausel im EU-Primärrecht stark und wollen die EU-Entsenderichtlinie verbessern und erweitern. In Europa muss gelten: gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort!

- Wir wollen gute Arbeit umfassend als Leitprinzip für die Europäische Union verankern. Dazu wollen wir die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer europäisch weiter ausbauen, insbesondere auch ihr Recht auf Mitbestimmung im Unternehmen.

- Mit einer ambitionierten Politik für Gleichstellung und gegen Diskriminierung wollen wir Europa zu einem diskriminierungsfreien Raum der Chancengleichheit machen.

- Wir fordern eine starke europäische Politik für junge und ältere Menschen. Generationensolidarität muss europaweit verwirklicht werden. Wir wollen, dass die EU ihre Austauschprogramme für Jugendliche weiter ausbaut. Zudem wollen wir aktives Altern europaweit fördern, die Beschäftigung und Mobilität älterer Menschen in Europa verbessern und Altersarmut bekämpfen.

- Für öffentliche Dienstleistungen der Daseinsvorsorge wollen wir mehr europäische Rechtssicherheit schaffen. Sie dürfen nicht einem einseitigen Zwang zur Liberalisierung ausgesetzt werden. Für Beschäftigung, qualitatives Wachstum und ökologischen Fortschritt in Europa! Als Antwort auf die internationale Finanzmarktkrise und ihre Folgen auch für die reale Wirtschaft plädieren wir für eine starke gemeinsame europäische Politik zur nachhaltigen Förderung von Wachstum und Beschäftigung in Europa. Wirtschaft, Arbeit und Umwelt sind dabei für uns keine Gegensätze, sondern gehören zusammen.

- Wir wollen die wirtschafts- und finanzpolitische Koordinierung auf Ebene der EU, vor allem in der Eurogruppe, deutlich verbessern und stärker auf das gemeinsame Ziel der Beschäftigungsförderung ausrichten. Wir brauchen Vorfahrt für Beschäftigung in Europa und schlagen deshalb einen Europäischen Zukunftspakt für Arbeit vor. Alle europäischen Programme sind auf ihre beschäftigungsfördernde Wirkung zu prüfen.

- Wir fordern eine neue europäische Offensive zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen und des Handwerks in Europa, mit erleichtertem Zugang zu Krediten und dem weiteren Abbau von bürokratischen Lasten im europäischen Binnenmarkt.

- Wir fordern verstärkte europäische Investitionen in Innovation, Forschung und Entwicklung sowie in eine zukunftsfähige europäische Infrastruktur, etwa in die Energienetze oder die Breitbandversorgung.

- Wir wollen auch in Europa eine ökologische Industriepolitik durchsetzen. Dazu brauchen wir eine europäische Forschungsoffensive bei Umwelttechnologien und erneuerbaren Energien.

- Wir wollen Europas Vorreiterrolle im internationalen Klima- und Umweltschutz festigen und weitreichende Klimaschutzziele durchsetzen.



Für eine neue europäische und internationale Finanzmarktarchitektur!

Die internationale Finanzmarktkrise ist ein mahnendes Beispiel für den Schaden, der für das Gemeinwohl entsteht, wenn Märkte unreguliert sich selbst überlassen bleiben. Die Marktideologie von Konservativen und Liberalen ist damit endgültig gescheitert.

- Wir wollen eine neue europäische und internationale Finanzmarktarchitektur mit klaren politischen Verkehrsregeln durchsetzen.

- Wir wollen die Banken- und Finanzmarktaufsicht europäisch und international weiter stärken. Der Internationale Währungsfonds (IWF) muss dabei zur zentralen Kontroll- und Koordinationsinstanz für die internationale Finanzwirtschaft gemacht werden.

- Wir fordern strengere Anforderungen und Transparenzvorschriften für das Risikomanagement und die Eigenkapitalvorsorge von Banken. Auch wollen wir, dass Risiken zukünftig eindeutig in den Bilanzen der Finanzinstitute ausgewiesen werden müssen.

Bei der Weitergabe von Kreditrisiken fordern wir, dass Finanzinstitute 20 Prozent des Risikos selber weiter tragen.

- Wir wollen eine stärkere Aufsicht und Kontrolle hochspekulativer Finanzprodukte. Schädliche Leerverkäufe müssen europäisch und international verboten werden.

- Wir setzen uns für Vergütungssysteme von Managern ein, die sich am langfristigen Erfolg des

Unternehmens orientieren.

- Das bewährte deutsche Bankensystem mit Privatbanken, öffentlich-rechtlichen Sparkassen sowie Genossenschaftsbanken wollen wir erhalten.

Für ein demokratisches Europa der Vielfalt mit starken Bürgerrechten!

Die Selbstbehauptung Europas und der Europäischen Union im ersten wirklich globalen Jahrhundert setzt politische Handlungsfähigkeit getragen von demokratischer Legitimität und starken Bürgerrechten voraus.

- Wir wollen, dass der Vertrag von Lissabon bald in Kraft tritt. Durch ihn wird die EU demokratischer, handlungsfähiger, bürgernäher und auch sozialer. Als langfristiges Ziel wollen wir Europa zu einer demokratisch verfassten Bürgerunion weiterentwickeln.

- Wir wollen den weiteren Aufbau eines europäischen Raumes der Freiheit, Sicherheit und des Rechts vorantreiben. Die Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität muss noch stärker europäisch koordiniert werden. Dabei müssen die freiheitlich-demokratischen Bürgerrechte voll gewahrt bleiben.

- Migration wollen wir stärker gemeinsam europäisch regeln. Neben den ökonomischen Interessen Europas müssen dabei entwicklungspolitische und menschenrechtliche Aspekte sowie die Interessen der Herkunftsländer und der Migrantinnen und Migranten beachtet werden.

- Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Europa stellen wir uns mit größter Entschiedenheit entgegen. Wir engagieren uns für eine demokratisch aufgeklärte Kultur der Einmischung und bürgerschaftlichen Verantwortung, die kulturelle Vielfalt als Reichtum begreift.

Für eine starke Friedensmacht Europa!

Wir wollen die Identität Europas als globale Friedensmacht weiter stärken. Ein umfassendes Verständnis von Frieden, Sicherheit und Entwicklung muss dabei handlungsleitend sein.

- Wir wollen, dass von Europa der Impuls zu einer neuen Ära multilateraler Kooperation und Ent-

spannung ausgeht. Die großen Mächte dieser Welt wie die USA, Russland, China oder Indien wollen wir für partnerschaftliche Lösungen gewinnen.

- Wir wollen die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) weiter ausbauen und insbesondere ihre zivile Komponente stärken. Unser langfristiges Ziel ist eine europäische Armee, deren Einsatz parlamentarisch legitimiert sein muss.

- Wir setzen uns für eine starke europäische Politik für Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle im internationalen Maßstab ein.

- Die EU-Erweiterungspolitik wollen wir als erfolgreiche Friedenspolitik fortführen. Wir unterstützen einen EU-Beitritt der Türkei, wenn diese die erforderlichen Kriterien voll erfüllt. An der Beitrittsperspektive der Staaten des westlichen Balkans halten wir fest.

Für eine faire und sozial gerechte Globalisierung!

Zu einem politisch starken und sozialen Europa gehört dazu, dass sich die Europäische Union als handlungsstarker Akteur in den internationalen Beziehungen für eine friedliche und sozial gerechte Gestaltung der Globalisierung stark macht.

- Wir wollen, dass Europa sich für eine Reform der zentralen internationalen Institutionen einsetzt, vor allem der Vereinten Nationen, des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank. Ihre Handlungsfähigkeit, Repräsentativität und Legitimität sind zu stärken.

- Wir setzen uns für die Stärkung sozialer und ökologischer Standards im internationalen Maßstab ein, insbesondere auch der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Menschenrechte, soziale und ökologische Standards müssen in internationalen Handelsabkommen stärker verankert werden.

- Wir wollen dass Europa sein Engagement für eine umfassende, partnerschaftliche Entwicklungszusammenarbeit weiter erhöht. Zu Europas Verantwortung für eine faire Weltwirtschaft gehört auch, dass Europa bestehende Zollbarrieren, Handelshemmnisse und Subventionen weiter abbaut.



→ **Das SPD-Europamanifest zum Downloaden unter www.spd.de**

Entwurf des SPD-Regierungsprogramms zur Bundestagswahl

„Sozial und Demokratisch – Anpacken. Für Deutschland.“

Einstimmig hat der SPD-Parteivorstand den Entwurf für das Regierungsprogramm zur Bundestagswahl beschlossen - und folgt damit geschlossen den Vorschlägen von **Frank-Walter Steinmeier** für ein solidarisches, gerechtes und erfolgreiches Deutschland. "Der politische Gestaltungsanspruch muss über die Krise hinausgreifen", fasste der Kanzlerkandidat bei der Vorstellung des Regierungsprogramms am 18. April in Berlin zusammen. Endgültig verabschiedet wird das Programm vom SPD-Parteitag am 14. Juni.

Der SPD-Regierungsprogramm-Entwurf mit dem Titel „Sozial und Demokratisch – Anpacken. Für Deutschland.“ stehe für eine "Politik, die sich nicht versteckt", unterstrich Steinmeier, der gemeinsam mit dem SPD-Vorsitzenden **Franz Müntefering** die Schwerpunkte vorstellte. Denn die Inhalte des Programm-Entwurfs belegen die konsequente Orientierung an Gerechtigkeit und Solidarität, an der Schaffung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen ohne Ausbeutung, an der Entlastung kleinerer und mittlerer Einkommen, der Stärkung von Familien und der Sicherung des handlungsfähigen Staates.

Starke Schultern, so die Überzeugung, müssen sich mehr an der Finanzierung der gesamtgesellschaftlichen Aufgaben beteiligen. Der SPD-Kanzlerkandidat nannte exemplarisch die Einführung einer Börsenumsatzsteuer, um die finanziell Starken an der Bewältigung der Folgekosten der Krise zu beteiligen. Um mehr in die Grundlagen des Wohlstands in Deutschland, Bildung und Forschung, zu investieren, sollen Spitzenverdiener zwei Prozent mehr Einkommensteuer zahlen. Zusätzlich wird der konsequente Kampf gegen Steuervermeidung weiteres Geld für Zukunftsaufgaben einbringen.

Damit stellt sich die SPD klar gegen maßlose Steuersenkungsversprechen politischer Mitbewerber, Ankündigungen, die „nicht verantwortbar sind“, wie Steinmeier betonte. „Der Staat muss gerade jetzt handlungsfähig bleiben.“

Zusätzliche Unterstützung müssten vor allem kleine und mittlere Einkommen bekommen. Daher soll der Eingangssteuersatz von 14 auf zehn Prozent gesenkt werden - mit entlastenden Auswirkungen auf den weiteren Tarifverlauf: weniger zahlen müssten demnach Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einem zu versteuernden Einkommen von bis zu 52.882, bei Verheirateten bis zu 105.764 Euro. Davon würden über 24 Millionen Menschen profitieren. Ein Lohnsteuer-Bonus soll zudem rund 30 Millionen Lohnsteuerpflichtigen die Möglichkeit bieten, mit einer Postkarte ans Finanzamt auf die Steuererklärung zu verzichten und 300 Euro bei Singles beziehungsweise 600 Euro bei Ehepaaren pauschal erstattet zu bekommen.

Weiterer Schwerpunkt im Programm sind verbesserte Bildungschancen für alle mit Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Hochschule und Qualitätssteigerungen über die gesamte Bildungskette hinweg. Dafür will die SPD die gesamtstaatliche Verantwortung unterstreichen. Mehr Investitionen in Bildung und Forschung sind nötig.



Eng miteinander verknüpft sind auch die Vorschläge zum Klimaschutz, der Förderung von Zukunftstechnologien und für die Energiepolitik. So eröffne etwa der konsequente Ausbau von Erneuerbaren Energien neue Perspektiven für die Wirtschaft, für mehr qualifizierte Jobs und eine Antwort auf den Klimawandel. Deutschland müsse seine führende Rolle auf diesem Gebiet sichern und ausbauen.

Das Leitbild von Guter Arbeit wird im Programm-Entwurf auch durch die Stärkung von Arbeitnehmerrechten in Deutschland und Europa unterstrichen. Kernforderung bleibt dabei die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns. Auch die Lohnschere zwischen den Geschlechtern muss geschlossen werden. Nicht nur verdienen Frauen immer noch deutlich weniger als ihre männlichen Kollegen, sie müssten auch in den Aufsichtsräten großer Unternehmen stärker vertreten sein - zu 40 Prozent, sagt die SPD und verweist auf erfolgreiche Modelle im europäischen Ausland.

Mit dem vorgelegten Programm-Entwurf unterstreicht die SPD ihren Gestaltungsanspruch für eine gute Zukunft in Deutschland, für Wohlstand in einer solidarischen und gerechteren Gesellschaft. Denn gerade in der Zeitenwende muss Politik mutig und entschlossen vorangehen. „Dass wir Krisenmanagement können, haben wir schon bewiesen“, erinnerte der SPD-Kanzlerkandidat. Jetzt, so Steinmeier, gehe es aber auch darum, die Fehlentwicklungen der Vergangenheit zu überwinden.

→ **Der Regierungsprogramm-Entwurf zum Downloaden unter:**
**[www.frankwaltersteinmeier.de/
meine_ziele/index.htm](http://www.frankwaltersteinmeier.de/meine_ziele/index.htm)**

NRW-SPD bestimmte Landesliste zur Bundestagswahl

Die vier Kölner Abgeordneten wollen ihre Wahlkreise wieder direkt gewinnen

Im Mittelpunkt des Landesparteitages der NRWSPD in Halle stand die Beratung und Beschlussfassung von Anträgen zu den Themen Wirtschaft, Innovation, Ökologie und Europapolitik. Drei Leitanträge wurden einstimmig zu diesen Themen verabschiedet. **Hannelore Kraft, Frank-Walter Steinmeier, Franz Müntefering** und **Martin Schulz** bekamen kräftigen Applaus für ihre engagierten Reden. Die drei Erstgenannten hoben dabei die besondere Bedeutung der Oberbürgermeisterwahl in Köln hervor und sagten dem rot-grünen OB-Kandidaten **Jürgen Roters** ihre Unterstützung zu.

Auf der anschließenden Landesdelegiertenkonferenz

wurde der SPD-Parteivorsitzende Franz Müntefering mit 97,24 Prozent der Stimmen zum Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl am 27. September 2009 gewählt. Die Europa-Expertin **Angelica Schwall-Düren** wurde auf den zweiten Listenplatz gewählt, gefolgt von Bundesfinanzminister **Peer Steinbrück** auf Platz drei und Bundesgesundheitsministerin **Ulla Schmidt** auf Platz vier.

Die vier Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten **Lale Akgün, Martin Dörmann, Karl Lauterbach** und **Rolf Mützenich** hatten nicht für vordere Listenplätze kandidiert. Sie rechnen sich gute Chancen aus, ihre Wahlkreise erneut direkt zu gewinnen.



SPD-Trio: Steinmeier, Kraft und Schulz



Martin Dörmann und Jochen Ott bei der Kundgebung „Köln stellt sich quer“

Spenden für den Bundestagswahlkampf 2009

Pro Privatperson können jährlich 3.300 € steuerlich geltend gemacht werden

Demokratie und Wahlkampf kosten Geld. Wer die politischen Ziele der Parteien und Kandidaten durch Spenden unterstützen will, kann diese steuerlich geltend machen.

Steuerlich absetzbar sind Spenden, Sonderbeiträge und Mitgliedsbeiträge für Parteien bis zu einem Gesamtbetrag von **3.300 €**, bei steuerlicher Zusammenveranlagung bei Eheleuten bis insgesamt **6.600 €** jährlich. Zusätzliche Spenden, wie z. B. an Vereine oder für andere gemeinnützige Zwecke bleiben davon unberührt. Spenden von juristischen Personen können hingegen steuerlich nicht abgesetzt werden.

Es gilt folgende Staffelung: Für die ersten 1.650 € (3.300 € bei gemeinsamer Veranlagung) werden nach § 34g Satz 2 EStG 50% der gespendeten Summe von der Steuerschuld abgezogen. Darüber

hinaus gehende Beiträge können bis zur Höhe von 1.650 € (3.300 € bei gemeinsamer Veranlagung) nach § 10b Abs. 2 EStG als Sonderausgabe beim Finanzamt in Höhe des individuellen Steuersatzes geltend gemacht werden.

Für Zuwendungen eines Spenders oder auch eines Unternehmens, die im Jahr 10.000 Euro übersteigen, gilt zur Wahrung der Transparenz, dass diese mit Namen und Adresse des Spenders im Rechenschaftsbericht der begünstigten Partei veröffentlicht werden müssen.

Jeder an eine zur Bundestagswahl zugelassene Partei von einer Privatperson gespendete Euro wird vom Staat mit 38 Cent bezuschusst und bedeutet eine Spende von 1,38 €. Das gleiche gilt im Übrigen auch für Spenden außerhalb des Bundestagswahlkampfes.

Spendenkonto für den Wahlkreis Porz, Kalk, nördliche Innenstadt

Für diejenigen, die für den SPD-Bundestagswahlkampf im Wahlkreis spenden möchten, hier die Kontoverbindung der SPD Köln:

Konto-Nr.: 42 42 053, Sparkasse Köln-Bonn, BLZ: 370 501 98

Bitte ggf. als Zweck eintragen: **Spende Bundestagswahlkampf WK 94 Dörmann**

(Für die Spendenquittung sicherheitshalber die Adresse mit angeben.)

Zugang zu Kinderpornografie im Internet wird erschwert

Bundestagsrede von Martin Dörmann

Zur 1. Lesung des Koalitionsentwurfes für ein „Gesetz zur Bekämpfung von Kinderpornografie in Telekommunikationsnetzen“ am 6. Mai hielt **Martin Dörmann** als zuständiger Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion für das Internetrecht die nachfolgende Bundestagsrede. Am 27. Mai 2009 wird hierzu auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion eine Anhörung im Wirtschaftsausschuss stattfinden. Die endgültige Verabschiedung des (ggf. noch veränderten) Gesetzentwurfes soll im Juni erfolgen.

Herr Präsident!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das Internet gewinnt im Zusammenhang mit der weltweiten Kommunikation immer mehr an Bedeutung. Von Tag zu Tag wachsen die Möglichkeiten, sich im Internet zu informieren und mit anderen Nutzern in Kontakt zu treten. Das stärkt die Entfaltungsmöglichkeit jedes Einzelnen von uns ebenso wie die Entwicklung demokratischer Inhalte. Der kulturelle Austausch bereichert uns alle. Diese positiven Wirkungen des freien Internets gilt es auch für die Zukunft zu bewahren und zu sichern.

Wie im richtigen Leben gibt es im Hinblick auf das Internet neben zahlreichen Chancen aber auch ernst zu nehmende Gefahren, denen wir uns stellen müssen. Ebenso schnell wie sich im Internet Liebesgrüße und demokratische Inhalte verbreiten lassen, ist dies auch hinsichtlich rechtswidriger Inhalte und krimineller Handlungen möglich. Daher stellen sich die grundsätzlichen Fragen: Ist das Internet ein rechtsfreier Raum?

Renate Gradistanac (SPD): Nein!

Sehen wir tatenlos zu, wenn über das Internet schwerwiegende Straftaten begangen und rechtswidrige Inhalte verbreitet werden?

Diese Fragen werden von der deutschen Rechtsordnung beantwortet, zumindest für Deutschland.

Dr. Max Stadler (FDP): Ja!

Wer über das Internet die Rechte anderer verletzt oder Straftaten begeht, kann selbstverständlich gerichtlich belangt werden. Es ist also keineswegs so, dass unsere Rechtsordnung sagt: Es ist egal, was im Internet passiert. - Das ist auch gut so.

Wie sieht es beim Thema Kinderpornografie aus, um das es im vorliegenden Gesetzentwurf geht? Wer kinderpornografische Inhalte ins Internet stellt, macht sich strafbar. Deshalb nehmen die Internetprovider in Deutschland entsprechende Inhalte schon nach heutiger Rechtslage von ihren Servern.

In Deutschland macht man sich auch dann strafbar, wenn man vorsätzlich eine Seite mit kinderpornografischem Inhalt aufruft, um sich in den Besitz der eingestellten Fotos oder Filme zu bringen. In Bezug auf kinderpornografische Inhalte gilt in Deutschland also eine sehr weitreichende Strafbarkeit. Derartige Straftaten werden hierzulande auch entsprechend verfolgt.

Heute geht es um ein besonderes Problem. Was nützen all die Erfolge bei der Strafverfolgung in Deutschland, wenn die Verbreitung kinderpornografischer Inhalte im Ausland von Tag zu Tag dramatisch zunimmt? Selbst dann, wenn es durch die Anwendung von Rechtshilfeabkommen gelingt, die Täter im Ausland ausfindig zu machen und an sie heranzukommen - das ist allerdings nur in einigen Ländern möglich -, stellt man häufig fest, dass diese bereits andere Adressen haben. Kapitullieren wir vor diesem Umstand?

Dr. Max Stadler (FDP): Niemals!

Schließlich hat nicht nur die Menge der kriminellen Inhalte stark zugenommen, sondern gleichzeitig ist auch die Tendenz zu immer jüngeren Opfern festzustellen. Erschwerend kommt hinzu: Zunehmend werden solche kinderpornografischen Inhalte auch von Jugendlichen in Deutschland gesehen. Heranwachsende, die aus sexueller Neugier im Internet surfen, kommen immer häufiger ungewollt auf Seiten mit kinderpornografischen Inhalten. Es liegt auf der Hand, dass hier besondere Gefahren für die psychische Entwicklung von Kindern und Jugendlichen bestehen.



Nun würden alle Eltern, wenn sie könnten und davon wüssten, sicherlich dafür sorgen, dass ihr Kind solche Inhalte über das Internet nicht abrufen kann. Doch wer weiß schon davon? Ich glaube, es ist vor diesem Hintergrund eine staatliche Verpflichtung, im Fall der Kinderpornografie - das ist ein besonderer Fall - dafür zu sorgen, dass der Zugang zumindest erschwert wird.

Wir wissen, dass wir den Zugang niemals vollständig unterbinden können, weil es immer technische Umgehungsmöglichkeiten geben wird. Wir dürfen aber nicht tatenlos zusehen, dass die Hemmschwelle im Internet immer mehr gesenkt wird. Vielmehr kommt es darauf an, die Hemmschwelle wieder heraufzusetzen.

Dem dienen die im Gesetzentwurf vorgesehene Sperrung von Internetseiten mit kinderpornografischen Inhalten und die Umleitung auf die Stoppseite, auf der entsprechende Warnhinweise gegeben werden. Das erhöht die Hemmschwelle.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat stets deutlich gemacht, dass sie für ein solches Vorgehen eine gesetzliche Grundlage einfordert, damit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt werden. Schließlich geht es hier um einen Eingriff in das Fernmeldegeheimnis, der eine klare gesetzliche Regelung erfordert. Auch die betroffenen deutschen Internetprovider haben immer wieder eine klare Rechtsgrundlage gefordert. Dem kommen die Koalitionsfraktionen mit diesem Gesetzentwurf nach. Selbstverständlich werden wir im weiteren parlamentarischen Verfahren prüfen, inwieweit es noch Verbesserungsbedarf gibt.

Ich finde es gut, dass nun eine intensive Diskussion über den Umgang mit Kinderpornografie und dem freien Internet begonnen hat. Wir alle sind gut beraten, diese Debatte sehr sensibel zu führen. Wir wissen, dass viele Menschen, die sich täglich im Internet bewegen - ich sage einmal: die Internetcommunity -, mit diesem Gesetz Sorgen verbinden. Es geht hierbei aber eben nicht um eine Internetsensur. Es geht um die Bekämpfung krimineller Handlungen und Inhalte in einem ganz besonders gelagerten Fall.

Die Freiheit eines jeden Einzelnen muss hier ihre Grenze haben, weil es um schwere Straftaten geht. Vor allem geht es um eine Personengruppe, die in besonderer Weise schutzbedürftig ist, nämlich um missbrauchte Kinder.

Der Markt für Kinderpornografie muss, so gut es eben geht, nach und nach ausgetrocknet werden,

mit allen angemessenen und rechtsstaatlichen Mitteln.

Dass es, um Kinderpornografie weltweit effektiv zu bekämpfen, weiterer Maßnahmen bedarf, wissen wir. Die SPD-Bundestagsfraktion hat hierzu gestern ganz aktuell einen Zehnpunkteplan vorgelegt.

Dr. Max Stadler (FDP): Den kenne ich leider noch nicht!

Christoph Waitz (FDP): Wird das Gesetz?

- Wir werden Ihnen diesen Zehnpunkteplan gern zur Verfügung stellen.

Um es auf den Punkt zu bringen: Es gibt kein Recht darauf, im Internet die Vergewaltigung Sechsjähriger betrachten zu können. Genauso deutlich sage ich: Es geht auf der anderen Seite auch nicht darum, sämtliche rechtswidrigen Inhalte im Internet zu kontrollieren und aus dem Netz zu entfernen. Ein solcher Eingriff wäre völlig unverhältnismäßig und würde das freie Internet grundsätzlich infrage stellen. So etwas steht aber überhaupt nicht



zur Debatte - und sollte übrigens auch von Teilen der Opposition nicht suggeriert werden.

Der Einsatz für ein freies Internet wird nicht dadurch gewonnen, dass man in Kauf nimmt, dass kinderpornografische Inhalte verbreitet werden. Im Gegenteil: Es besteht die Gefahr, dass so auf Dauer das Internet insgesamt diskreditiert wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns die parlamentarischen Beratungen dazu nutzen, klare Kriterien zu entwickeln, auch im Hinblick auf gute datenschutzrechtliche und Verfahrensregeln. Der Schutz missbrauchter Kinder und die Rechte der Internetnutzer schließen sich nicht aus. Wir sind in der Pflicht, beidem gerecht zu werden.

Sparguthaben besser abgesichert

Am 14. Mai 2009 hat der Deutsche Bundestag den Gesetzentwurf zur Änderung des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes in 2./3. Lesung beschlossen. Damit wird die Änderung der EU-Einlagensicherungsrichtlinie, auf die sich die EU im Dezember 2008 aufgrund der weltweiten Finanzmarktkrise geeinigt hat, in deutsches Recht umgesetzt.

Mit dem Gesetzentwurf wird ab dem 30. Juni 2009 die gesetzliche Mindestdeckung bei der Einlagensicherung auf 50.000 Euro angehoben. Die bisherige Selbstbeteiligung von Anlegern in Höhe von zehn Prozent wird abgeschafft. Ab dem 31. Dezember 2010 wird eine weitere Anhebung auf 100.000 Euro erfolgen. Die Auszahlungsfrist wird auf höchstens 30 Arbeitstage verkürzt. In Deutschland geht das Einlagensicherungssystem schon lange über diese Beträge hinaus. Jetzt wird auch in der gesamten EU ein gutes Einlagensicherungssystem installiert. Des Weiteren enthält der Gesetzentwurf verbesser-

te Regelungen zur Früherkennung von Risiken und zur Schadensprävention. Die Entschädigungseinrichtungen werden verpflichtet, bei den ihnen zugeordneten Finanzinstituten regelmäßig Prüfungen vorzunehmen und die Höhe der Beiträge zu der Entschädigungseinrichtung wird nach dem Risiko des jeweiligen Finanzdienstleisters bemessen.

Das deutsche System der Einlagensicherung und Anlegerentschädigung steht im internationalen Vergleich gut da. Die Erhebung von Sonderbeiträgen durch die Entschädigungseinrichtung EdW ist in ihrer Struktur gerichtlich bestätigt worden. Mit dem Gesetzentwurf werden die Anpassungen vorgenommen, die die Erhebung der Sonderbeiträge rechtssicher machen würden. Die EU hat mit dieser Änderungsrichtlinie infolge der weltweiten Finanzmarktkrise Handlungsstärke gezeigt. Die Krisenfestigkeit der Entschädigungseinrichtungen in Deutschland wird durch diesen Gesetzentwurf verbessert.

Martin Dörmann moderierte Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion

Im Rahmen ihrer Reihe „Leitmärkte der Zukunft“ diskutierte die SPD-Bundestagsfraktion am 14. Mai mit Fachpublikum die Perspektiven der Kultur- und Kreativwirtschaft in Deutschland. Hierzu werden u.a. die Branchen Architekturmarkt, Buchmarkt, Film-, Musik- und Kunstwirtschaft, Presse- und Werbemarkt gezählt.

Zu Beginn formulierten unter der Leitung der Potsdamer SPD-Abgeordneten **Andrea Wicklein** einige erfolgreiche Unternehmen ihre Anforderungen an die Politik. Bundestagsvizepräsident **Wolfgang Thierse** betonte in seinem Impulsreferat die Bedeutung der Kreativwirtschaft. Schließlich moderierte **Martin Dörmann** als zuständiger Berichterstatter im Wirtschaftsausschuss eine Podiumsdiskussion mit Experten, darunter **Edgar Berger**, Chef von Sony Music, und SPD-Bundestagsabgeordneter **Siggi Ehrmann**, stellv. Vorsitzender des Kulturausschusses.

Auf der Veranstaltung wurde deutlich, dass die Kreativwirtschaft ausgesprochen heterogen und kleinteilig organisiert ist. Daher bedarf es besonderer Konzepte im Bereich der Wirtschaftsförderung und in der Sozialpolitik, um den Kreativen den Zugang zu Risiko- und Wagniskapital zu erleichtern. Eine soziale Absicherung ist Grundvoraussetzung für kreativen und künstlerischen Erfolg.

In einer zunehmend digitalisierten Welt ist es wichtig, dass das Urheberrecht und das Urhebervertragsrecht ein angemessenes Einkommen aus der Verwertung geistigen Eigentums ermöglichen. Die SPD will das geistige Eigentum schützen, indem Bereiche gezielt weiterentwickelt

und die Möglichkeiten zur Durchsetzung der Rechte der Kreativen gestärkt werden, um eine angemessene Vergütung für alle auch tatsächlich zu erreichen.

Die SPD-Bundestagsfraktion unterstreicht die großen Potenziale der Kultur- und Kreativwirtschaft und wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, den Standort Deutschland in diesem Bereich zu stärken. Die SPD schlägt einen Kreativpakt zwischen Politik, Wirtschaft, Künstlern und Kreativen vor. Es gilt, wirtschafts- und kulturpolitische Antworten auf Fragen der sozialen Sicherung, der Bildung und der Teilhabe von Kulturschaffenden zu finden.



Wolfgang Thierse betonte in seiner Rede die Bedeutung der Kultur- und Kreativwirtschaft

Bund sagt weitere Unterstützung des Kölner Stadtarchivs zu

Kulturdezernent und Direktorin besuchten Ausschuss für Kultur und Medien

Unter TOP 1 behandelte der Ausschuss für Kultur und Medien am 13. Mai den Sachstand nach dem Einsturz des Historischen Archivs der Stadt Köln. Direktorin **Dr. Bettina Schmidt-Czaia** und **Prof. Georg Quander**, Kulturdezernent der Stadt Köln, berichteten über die aktuelle Lage und die weiteren Planungen. An der Sitzung nahm auch **Martin Dörmann** teil, der stellvertretendes Mitglied im Kulturausschuss ist. Alle drei bedankten sich für die große Unterstützung, die Köln erfahren hat, sei es vom THW oder den vielen ehrenamtlichen Helfern.

Inzwischen sei klar, dass vom Archivmaterial zwar „nicht alles verloren, aber alles beschädigt“ sei. Der Verlust scheine größer als nach dem Brand der Herzogin Anna Amalia Bibliothek in Weimar zu sein. 80 Prozent des Materials seien inzwischen geborgen. Schwierig sei es, an die Papiere zu gelangen, die im Grundwasser in bis zu 30 Meter Tiefe lägen. „300 große Wannen mit Fragmenten“ würden bisher bearbeitet. Wegen der unterschiedlichen Materialien, Typografien und Handschriften werde es besonders schwierig, die Stücke zusammensetzen. Allein die bisherigen Kosten für die Bergung des Archivgutes bezifferte Quander mit 1,39 Millionen Euro. Die Restaurierungskosten schätzte er „auf einen dreistelligen Millionenbetrag“ dessen genaue Höhe schwer zu beurtei-

len sei. Dazu kämen unter anderem Kosten für einen Neubau des Archivs. Um Versicherungsgelder erhalten zu können, müsse zunächst die Schuldfrage am Einsturz des Gebäudes geklärt werden.

Martin Dörmann: „Ich freue mich, dass das weitere Schicksal des Historischen Archivs bei meinen Kolleginnen und Kollegen in Berlin auf große Resonanz stößt. Die herausragende kulturelle Bedeutung wird allseits hervorgehoben und der Wiederaufbau als nationale Aufgabe angesehen. Seitens des BKM (Beauftragter für Kultur und Medien) wurde zudem die weitere Unterstützung des Bundes zugesagt, insbesondere mit Personal und Beratung durch Bundeseinrichtungen.“

Mir erscheint nun dringend geboten, dass die Stadt Köln kurzfristig ein Konzept vorlegt, wie zusätzliche finanzielle Unterstützung aus der Bevölkerung, aus Fachkreisen und von Unternehmen organisiert werden kann. Sowohl eine Stiftung als auch eine Fondslösung sollten dabei geprüft werden. Die allgemeine Betroffenheit und Hilfsbereitschaft müssen schnell genutzt werden, damit die immensen Herausforderungen gemeistert werden können. Ergänzend sollte ein Konzept für gezielte Öffentlichkeitsarbeit erarbeitet werden, zum Beispiel mit speziellen Ausstellungen geretteter Objekte.“

Kampf gegen Steuerhinzahlung

Am 7. Mai 2009 hat der Deutsche Bundestag in 1. Lesung den Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung beraten. Damit sollen vor allem Steuerflucht in so genannte „Steuroasen“ verhindert und die Ermittlungsmöglichkeiten der Steuerbehörden verbessert werden.

Lange hat sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion geweigert, den Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung einzubringen. Nun haben die Unionspolitiker doch endlich eingesehen, dass man nicht auf dem internationalen Parkett für die Bekämpfung sein kann und auf nationaler Ebene dagegen. Denn internationale Beschlüsse helfen wenig, wenn sie nicht national umgesetzt werden.

Betrug am Fiskus ist Betrug an uns allen

Wer „Steuroasen“ schützt und den Kampf gegen Steuerhinterziehung verhindert, untergräbt die Fundamente der sozialen Marktwirtschaft. Gerade die steuerehrlichen Bürgerinnen und Bürger mit niedrigen und mittleren Einkommen sind die Geschädigten. Eine faire, gerechte und gleichmäßige Besteuerung ist die Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und einen handlungsfähigen Staat.

Steuerhinterziehung schadet nicht einem abstrakten Staat oder straft den Finanzminister: Wer Steuern hinterzieht, schadet seinem Nachbarn, seiner Familie, seinen Freunden. Denn der Staat muss nicht nur in Krisenzeiten handlungsfähig sein, sondern auch den Bürgerinnen und Bürgern all jene öffentlichen Leistungen bereitstellen können, die jeder in seinem Alltag in Anspruch nimmt.

Die Bekämpfung von Steuerflucht und Steuerhinterziehung muss ein zentraler Baustein der neuen weltweiten Finanzmarktarchitektur werden. Es ist höchste Zeit, dass sich die Steuerhinterzieher und Steuervermeider weltweit nicht mehr mit der Warnung vor angeblichen Wettbewerbsnachteilen und vermeintlichen nationalen Alleingängen einer gerechteren Heranziehung zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben in ihren Heimatländern entziehen können. Je mehr Staaten hier mit derselben Zielrichtung agieren, umso größer wird der Erfolg für alle.

Internationales Bekenntnis für Bekämpfung von Steuerflüchtigen

Anlässlich des G20-Gipfels vom 2. April 2009 ist ein internationales Bekenntnis sowohl zu dringend nötigen als auch stärkeren und effektiveren Regulierungen der Finanzmärkte gemacht worden. Die Schaffung einer neuen Finanzmarktarchitektur hat absolute Priorität. Es ist zwingend erforderlich, dass eine bessere Regulierung und Überwachung aller Finanzmärkte, ihrer Produkte und Akteure geschaffen wird. Dazu gehört auch die Bekämpfung von Steuerflüchtlingen und Staaten, die Steuerhinterziehung begünstigen. Deshalb war es entscheidend, dass alle wichtigen Staaten Steuroasen ablehnen. Das Bankgeheimnis muss hier relativiert werden, um Steuerhinterziehern dadurch keinen Schutz zu gewährleisten. Die G20 betonen, dass es wesentlich ist, die öffentlichen Finanzen gegen ihre Erosion durch Steuroasen zu schützen und drohen den Staaten und Gebieten, die

weiterhin grenzüberschreitende Steuerhinterziehung begünstigen, verschärfte Gegenmaßnahmen an. Der G20-Gipfel hat sich darauf geeinigt, eine schwarze Liste von Staaten zu veröffentlichen, die sich nicht an die Regeln für steuerliche Kooperation halten. Ferner darf das Bankgeheimnis eine wirksame steuerliche Kontrolle nicht behindern.

Im Herbst 2008 verständigten sich zahlreiche betroffene EU- und OECD-Mitgliedstaaten darauf, die OECD-Grundsätze zu Transparenz und effektivem Auskunftsaustausch (OECD-Standard) weltweit durchzusetzen. Der diesbezügliche internationale politische Druck auf die Steuroasen soll durch koordinierte nationale Maßnahmen verstärkt werden.

Die „Schwarze Liste“

Zwar ist die sog. „Schwarze Liste“ der OECD, die Staaten und Gebiete ausweist, die die OECD-Standards nicht akzeptieren, derzeit leer, weil zuletzt auch Costa Rica, Malaysia, die Philippinen und Uruguay den OECD-Standard zum Auskunftsaustausch akzeptiert haben. Jedoch gibt es in Europa und weltweit noch Länder und Gebiete, die ihre Zusagen erst noch umsetzen müssen.

In dem Gesetzentwurf vorgesehene Maßnahmen:

- Wer Geschäftsbeziehungen zu einem Staat unterhält, der den OECD-Standard zum Auskunftsaustausch nicht einhält, muss künftig erhöhte Nachweis- und Mitwirkungspflichten gegenüber den Finanzbehörden erfüllen. Tut er dies nicht, können ihm zum Beispiel der Betriebsausgabenabzug, eine Entlastung von der Kapitalertrags- oder Abzugssteuer oder die Steuerbefreiung für Dividenden versagt bleiben.
- Steuerpflichtige, deren Überschusseinkünfte mehr als 500.000 Euro im Jahr betragen, müssen in Zukunft die Unterlagen über die Einnahmen und Werbungskosten, die diesen Einkünften zu Grunde liegen sechs Jahre lang aufbewahren. Bei diesen Steuerpflichtigen mit Überschusseinkünften über 500.000 Euro sollen die Finanzbehörden auch Außenprüfungen vornehmen können. Außenprüfungen werden damit für diesen Personenkreis generell zulässig.
- Eine Prüfung von Angaben in Steuererklärungen bei Steuerpflichtigen mit hohen Überschusseinkünften wird oft verzögert oder erschwert, weil Aufzeichnungen über Einnahmen und Werbungskosten nicht aufbewahrt werden. Bei Steuerpflichtigen, die sich nicht an die Aufbewahrungspflichten halten, wird „widerlegbar vermutet“, dass steuerpflichtige Einkünften in Staaten oder Gebieten, die sich nicht an OECD-Standards halten, vorhanden oder höher als die erklärten Einkünfte sind.

Allgemein gilt: Je mehr ein anderer Staat kooperiert und für die Besteuerung notwendige Auskünfte erteilt, umso weniger Nachweise muss der betroffene Bürger selber erbringen. Besteht mit dem jeweiligen Staat oder Gebiet ein Abkommen, das die Übermittlung nach dem Standard gewährleistet oder ist die Auskunftübermittlung anders

sichergestellt, entstehen insoweit keine besonderen Mitwirkungs- oder Nachweispflichten für den Einzelnen.

Die Maßnahmen, die den Steuerpflichtigen mit Geschäftsbeziehungen zu anderen Staaten oder Gebieten besondere Mitwirkungspflichten auferlegen, sollen nicht unmittelbar wirksam werden. Vielmehr bedarf es dazu einer Rechtsverordnung der Bundesregierung, der der Bundesrat zustimmen muss. Vor Erlass der konkretisierenden Rechtsverordnung wird die Bundesregierung den erreichten Stand der Durchsetzung der OECD-

Grundsätze prüfen. Ebenfalls durch Rechtsverordnung in Kraft gesetzt werden die erweiterten Prüfungsrechte der Finanzbehörden.

Umsetzung von SPD-Forderungen

Der Gesetzentwurf geht auf Vorschläge zurück, die eine SPD-Arbeitsgruppe unter Vorsitz von Peer Steinbrück erarbeitet hat, ebenso wie auf die Forderungen aus dem Koalitionsantrag „Steuerhinterziehung bekämpfen“, der auf Druck der SPD-Bundestagsfraktion eingebracht und vom Plenum beschlossen wurde.

Bundesregierung beschließt Modell für Bad Banks

Das Bundeskabinett hat in seiner Sitzung vom 13. Mai 2009 den Entwurf für ein Gesetz zur Fortentwicklung der Finanzmarktstabilisierung sowie Eckpunkte für ein Konsolidierungsbank-Modell beschlossen. Die im Gesetzentwurf vorgesehenen Regelungen sollen noch in dieser Legislaturperiode in Kraft treten.

Stabile Finanzmärkte sind in der aktuellen Krise die Grundvoraussetzung für eine wirtschaftliche Erholung. Nur mit einem wieder erstarkten Vertrauen zwischen den Finanzmarktakteuren können die Finanzmärkte ihre unverzichtbare wirtschaftliche Funktion als Kapitalgeber für Wirtschaft und Investitionen ausüben.

Die Vertrauensbildung auf den Kapitalmärkten wird jedoch weiterhin durch sogenannte strukturierte Wertpapiere in den Bilanzen von Kreditinstituten beeinträchtigt, da diese derzeit einen ständigen Wertberichtigungsbedarf unterliegen. In der Folge müssen die Banken fortlaufend mehr Eigenkapital hinterlegen, um die Risiken dieser auch als „toxisch“ bezeichneten Papiere abzusichern. Dieses Eigenkapital steht den Banken dann nicht mehr für die Kreditvergabe zur Verfügung – mit weitreichenden Konsequenzen: Wenn der Handwerker in Flensburg, der Häuslebauer in Backnang, die Selbständige in Dresden oder der Mittelständler in Dortmund keinen Kredit mehr bekommen, dann ist die Existenz vieler Unternehmen gefährdet und damit unmittelbar auch viele Arbeitsplätze.

Mit dem geplanten Gesetz ergänzt die Bundesregierung ihre bisherige Gesetzgebung zur Stabilisierung der Finanzmärkte um ein weiteres Element. Eine Erweiterung des bestehenden Garantierahmens des SoFFin ist hierfür nicht notwendig.

Die vorgesehenen gesetzlichen Regelungen geben den Finanzinstituten die Möglichkeit, strukturierte Wertpapiere mit unsicherer Wertentwicklung („toxische Wertpapiere“) aus den Bankbilanzen auszulagern – ohne die langfristigen Risiken hierfür an den Bund bzw. die Steuerzahler weiter zu reichen. Vielmehr entlastet das vorgeschlagene Modell die Banken, indem diese ihre durch toxische Wertpapiere verursachten bilanziellen Risiken auf der Zeitachse strecken können.

Konkret enthält der Regierungsentwurf folgende zentrale Elemente:

- Finanzholding-Gesellschaften, Kreditinstitute und deren Tochterunternehmen können jeweils institutsspezifische Zweckgesellschaften gründen, denen sie ihre strukturierten Wertpapiere

übertragen. Die Zweckgesellschaft benötigt keine Banklizenz.

- Die Übertragung der Wertpapiere auf die Zweckgesellschaft erfolgt um einen Abschlag von 10 % auf den Wert, mit dem die Papiere augenblicklich in den Bankbilanzen erfasst sind („Buchwert“). Im Gegenzug erhält das Finanzinstitut von der Zweckgesellschaft herausgegebene und von der Sonderanstalt für Finanzmarktstabilität (SoFFin) garantierte Schuldverschreibungen in Höhe des Übertragungswertes der Wertpapiere.
- Durch den Tausch toxische Wertpapiere gegen garantierte Schuldverschreibungen steigt der Spielraum der Banken für die Kreditvergabe: Die garantierten Schuldverschreibungen müssen nicht durch Eigenkapital abgesichert werden. Zudem können die Banken diese bei der Bundesbank einreichen, um zusätzliche Liquidität für die Vergabe von Krediten zu gewinnen.
- Die Garantie des SoFFin gibt es nicht zum Nulltarif, sondern das Kreditinstitut zahlt dem SoFFin eine Garantiegeldgebühr in marktgerechter Höhe. Zudem zahlt das Kreditinstitut der Zweckgesellschaft über die Laufzeit von 20 Jahren einen Ausgleichsbetrag, der die Differenz zwischen 90 Prozent des Buchwerts und dem geschätzten Wert bei Fälligkeit der Wertpapiere („Fundamentalwert“) ergibt.
- Ein evtl. Überschuss bei Auflösung der Zweckgesellschaft wird an die Anteilseigner ausgekehrt. Bei einem evtl. Defizit greift eine rechtsformneutral ausgestaltete Ausschüttungssperre: Ausschüttungen fließen an den SoFFin und nicht an die Anteilseigner des Kreditinstituts bis das Defizit ausgeglichen ist.

Ergänzend zu diesem Modell hat das Bundeskabinett Eckpunkte zu einem Konsolidierungsbanken-Modell beschlossen. Das Bundesministerium der Finanzen wird in den Eckpunkten gebeten, gemeinsam mit dem Bundeskanzleramt, dem Bundesjustizministerium und dem Bundeswirtschaftsministerium unter Mitwirkung der Deutschen Bundesbank und des SoFFin den geplanten Gesetzentwurf kurzfristig durch einen eigenständigen Regelungskomplex zu ergänzen, der die Auslagerung weiterer Risikopositionen sowie Geschäftsfelder durch Kreditinstitute ermöglicht.

Portraitsammlung über SPD-Persönlichkeiten



Auf der Homepage www.martin-doermann.de sind 41 Portraits in einer Sonderausgabe abrufbar (Startseite)

Vorgestellt: Brigitte Zypries Bundesministerin der Justiz

Biografie

Geboren am 16. November 1953 in Kassel; ledig.



Beruflicher Werdegang

1972 bis 1977 Studium der Rechtswissenschaft in Gießen, erste juristische Staatsprüfung, 1977 Referendariat im Landgerichtsbezirk Gießen, 1980 zweite juristische Staatsprüfung.

Bis 1984 Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Gießen. Ab 1984 Referentin in der Hessischen Staatskanzlei. 1988 bis 1990 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Bundesverfassungsgericht, ab 1991 Referatsleiterin. 1995 bis 1997 Abteilungsleiterin in der Niedersächsischen Staatskanzlei.

Politischer Werdegang

Seit 1991 Mitglied der SPD.

1997/98 Staatssekretärin im Niedersächsischen Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales

1998 bis 2002 Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern. Ab September 1999 Vorsitzende im Staatssekretärsausschuss zur Steuerung des Programms der Bundesregierung "Moderner Staat - moderne Verwaltung".

Seit Oktober 2002 Bundesministerin der Justiz.

Seit 2005 Mitglied des Bundestages für den Wahlkreis Darmstadt-Dieburg.

10 persönliche Fragen an Brigitte Zypries

1. Welche politischen Vorbilder haben Sie?

Gerhard Schröder, Elisabeth Selbert

2. Wen würden Sie gerne einmal treffen?

Barack Obama

3. Ihre liebsten Urlaubsziele?

Teneriffa

4. Ihre Leidenschaften?

Eis im Sommer

5. Ihr politisches Leitmotiv?

Soziale Gerechtigkeit heißt: Wir müssen alle mitnehmen!

6. Ihr Lieblingsfilm?

„Die drei Tage des Condor“

7. Ihre Lieblingsmusik bzw. Lieblings Sänger?

Ich hör alles, was im Radio läuft.

8. Wen oder was nehmen Sie mit auf eine einsame Insel?

Ich fahr da nicht hin.

9. Ihre Lieblingsbücher?

Die, die ich gerade lese.

10. Über wen lachen Sie am liebsten?

Über Menschen lache ich gar nicht.

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2009

Für 2009 wurden bislang die 22., 25. und 27. Kalenderwochen als Sitzungswochen festgelegt. Am 27. September 2009 ist Bundestagswahl, die Sitzungswochen danach werden später bestimmt.

In den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages finden die Plenarsitzungen sowie die Ausschuss- und Arbeitsgruppensitzungen statt. Die Bundestagsabgeordneten sind in diesen Wochen in der Regel von Montag bis Freitag in Berlin.

Infos zu Martin Dörmann, MdB

Mitgliedschaften in Gremien

- Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
- Ausschuss für Kultur und Medien (stellv. Mitglied)
- Unterausschuss Neue Medien
- Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion
- Vorstand der NRW-Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion
- Arbeitsgruppe Energie der SPD-Bundestagsfraktion
- Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post, und Eisenbahnen

Funktionen in der SPD-Bundestagsfraktion

- Stellv. wirtschaftspolitischer Sprecher
- Berichterstatter für Telekommunikation sowie Luft- und Raumfahrt
- Sprecher für „Neue Medien“

Bundestagswahlkreis 94 (Köln I)

Martin Dörmann ist direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I, zu dem die Stadtbezirke **Porz** und **Kalk** sowie die **nördliche Innenstadt** gehören. Der Wahlkreis reicht somit vom „Coloniuss“ über den Dom und die Kölnarena bis zum Flughafen.

Spendenkonto für die Bundestagswahl 2009

Für diejenigen, die für den SPD-Bundestagswahlkampf im Wahlkreis spenden möchten, hier die

Kontoverbindung: SPD Köln, Konto-Nr.: 42 42 053, Sparkasse KölnBonn, BLZ: 370 501 98

Bitte ggf. als Zweck eintragen: Spende Bundestagswahlkampf WK 94 Dörmann

(Für die Spendenquittung sicherheitshalber die Adresse mit angeben.)

Büroanschriften

Martin Dörmann, MdB

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Hausadresse: Dorotheenstraße 101, Raum 4.650

Telefon 030 / 227 734 18; Fax 030 / 227 763 48

eMail: martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam:

Stefan Stader (Büroleiter), Dr. Marc Drögemöller, Sabine Schmidt

Internet-Homepage:

www.martin-doermann.de

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Telefon: 02203 / 52144
Fax: 02203 / 51044

Mitarbeiterteam:

Elke Heldt (Büroleiterin), Tim Cremer

eMail:

martin.doermann@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Kalk

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Telefon: 0221 / 8704302

Homepagebeauftragter:

Ralf Seinmeier

Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b
50672 Köln (Innenstadt)
Tel. 0221 / 169 195-77
Fax 0221 / 169 195-79
Mitarbeiterin: Renate Dinkelbach
eMail:
koelner-spd-mdb@netcolgne.de



IMPRESSUM • BERLIN DEPESCHE

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 10111 Berlin

Redaktion dieser Ausgabe: Martin Dörmann (verantwortlich), Sabine Schmidt, Stefan Stader

Bildnachweis: NRWSPD (Seiten 1, 3, 8), Parteivorstand der SPD (Seiten 5,6), Alexander Sempf (Seite 7), Deutscher Bundestag (Seiten 9, 10, 14), SPD-Fraktion (Seite 11).

Die Berlin Depesche erscheint etwa 6 mal im Jahr und wird als **Mitgliederausgabe** per eMail an Funktionsträger im Wahlkreis und interessierte SPD-Mitglieder versendet sowie als **Homepageausgabe** für Bürgerinnen und Bürger auf der Internet-Homepage von Martin Dörmann eingestellt. Wer in den **Email-Verteiler** aufgenommen werden möchte, sendet bitte eine Nachricht an: martin.doermann@bundestag.de (Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins).

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben finden sich auf der Homepage:

www.martin-doermann.de

